

Flucht vor Putin

Wer desertiert, muss willkommen sein



Ein russischer Wehrpflichtiger verabschiedet sich. Wer sich der Einberufung entzieht, geht ein hohes Risiko ein.

BENJAMIN LASSIWE

Einige von ihnen sind im Grunde dem Tode geweiht. Russlands Diktator Wladimir Putin lässt 300.000 Reservisten einberufen, manche Berichte sprechen von bis zu einer Million Menschen. Familienväter, junge Berufstätige, Männer, die den Wehrdienst absolviert und das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Manche werden wohl einfach auf der Straße festgenommen und an die Front geschickt.

Dort werden sie mit veralteten Waffen einen völlig sinnlosen Krieg führen müssen, der illegal, völkerrechtswidrig und moralisch verurteilenswert ist. Wer sich der Einberufung verweigert, muss mit langen Gefängnisstrafen rechnen. Wer ins Ausland flieht, wird seine Heimat auf absehbare Zeit nicht wiedersehen können.



Seit der Teilmobilfachung stehen an der finnischen Grenze russische Autos Schlange.

Es ist bemerkenswert, dass die Teilmobilmachung in Russland erstmals nennenswerte Proteste gegen das Regime hervorruft. Doch ein schnelles Ende von Putin und seiner Regierung ist nicht in Sicht, im Gegenteil: Der Diktator wehrt sich gegen die absehbare Niederlage. Er strampelt, er kämpft und verschleppt die Dauer des Krieges dadurch. Noch viele Russen, noch viele Ukrainer werden ihre Leben lassen müssen.

Genau deswegen aber ist es wichtig, diejenigen zu unterstützen, die nicht für Russland kämpfen wollen. Wer vor der russischen Armee desertiert, muss ein Recht auf Asyl in Europa haben – oder, wie es Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) kürzlich in einem Tweet formulierte: „Wer Putins Weg hasst und die liberale Demokratie liebt, ist uns in Deutschland herzlich willkommen.“

Dazu allerdings müssen potenzielle Kriegsdienstverweigerer erst einmal einen Weg nach Deutschland finden. Es ist bedenklich, dass die europäischen Nachbarländer Russlands, also die baltischen Staaten und Finnland, ihre Landesgrenzen zunehmend schließen. Natürlich: Gerade die baltischen Staaten haben in der Vergangenheit massiv unter der Okkupation durch die Sowjetunion gelitten. Sie fürchten die von der Exklave Kaliningrad und der direkten Nachbarschaft zu Russland und Belarus ausgehende Bedrohung. Sie leben mit großen russischen Minderheiten, deren politische Zuverlässigkeit in solch einer Krisenzeit nicht immer außer Frage steht.

Doch die Grenzschließungen machen es für Menschen, die Russland aus Gewissensgründen oder politischen Gründen verlassen wollen, zunehmend schwer: Am Tag der Bekanntgabe der Teilmobilmachung waren alle Flüge in Länder, die für Russen visafrei bereisbar sind, vollständig ausgebucht – ganz abgesehen davon, dass natürlich auch Russland selbst kein Interesse daran hat, diese Menschen außer Landes zu lassen.

Die Europäische Union sollte deswegen – bei allem berechtigten Interesse daran, bloße Urlaubsreisen nach Europa zu unterbinden – nach Wegen suchen, die die Außengrenze der EU für Menschen, die vor einer Einberufung fliehen und deren Familien durchlässig lässt.

Eine entsprechende Visavergabe seitens der Botschaften und Konsulate in Moskau sollte dazu ebenso gehören, wie eine gewisse Großzügigkeit bei der Einreise in Finnland oder im Baltikum. Dass Menschen, die vor einer Einberufung fliehen, ähnlich wie Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine anschließend in alle europäischen Staaten weiterverteilt werden müssen und gerade nicht die russischen Minderheiten in den baltischen Staaten verstärken dürfen, versteht sich von selbst.

Auf jeden Fall aber sollte die Kriegsdienstverweigerung im Angesicht eines aktiven Krieges als Asylgrund in der EU über jeden Zweifel erhaben sein: Denn jeder russische Reservist, der in Europa um politisches Asyl bittet, kämpft nicht in der Ukraine und zeigt mit seinem Verhalten auch recht eindeutig, was er von Putin und seiner imperialistischen Eroberungspolitik hält.
